



Energiepolitik der Zukunft

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler!



verheerend.

Auch hierzulande wird das Thema „Atomenergie“ je nach politischer Großwetterlage diskutiert. Da in Deutschland Gesundheitsgefahren einen hohen Stellenwert in der Öffentlichkeit einnehmen, spielt der Sicherheitsaspekt bei der Kernenergie eine wichtige Rolle. Als sich im Jahr 1986 die radioaktive Wolke aus Tschernobyl auf Deutschland zubewegte, hatten die heimischen Sicherheitsvorkehrungen zu spät gegriffen. Erst als die Wolke niedergegangen war, kamen Empfehlungen, Kinder möglichst nicht im Freien spielen zu lassen und das Gemüse im Garten abzudecken. Der damalige bayerische Umweltminister naschte an verstrahltem Molkepulver, welches nicht mehr zum Verzehr freigegeben war und bemerkte dazu, dass ihm dies nichts ausmache. Bezüglich der Radioaktivität aus Japan wurde vom Bundesverbraucher-schutzministerium hierzulande „Entwarnung“ gegeben. Was Meere, Nahrungskette und die Atmosphäre in den nächsten Jahrzehnten weltweit wie verteilen, weiß man offenbar heute schon. Der Unfall in Tschernobyl wurde mit Schlamperei entschuldigt, die bei uns so nicht vorkommen könne. Der Unfall in Japan wäre wohl ohne Tsunami so nicht eingetreten. Kann uns das für die Zukunft beruhigen?

Sicherheitsexperten warnen vor Flugzeugabstürzen oder Terroranschlägen auf Kernkraftwerke oder atomare Zwischenlager. Diese Gefahr wurde bisher von den politisch Verantwortlichen als „unwahrscheinlich“ und „Restrisiko“ abgetan. Auch die Argumentation, dass es doch nichts nütze, wenn wir hierzulande aus sicheren (!) Kernkraftwerken aussteigen, um uns herum aber Werke betrieben werden, die unsicherer seien, lasse ich so nicht gelten. Klar ist es zwingend nötig, auch die anderen Länder für die Gefahren ihrer Anlagen – z.B. in Temelin - zu sensibilisieren. Trotzdem entlässt uns dies nicht aus der Verantwortung, die endgültige Sicherheit vor Atomunfällen hierzulande anzustreben: durch den Ausstieg und die sichere (!?) Endlagerung des bereits produzierten und mit jedem weiteren Tag zusätzlich produzierten Atom Mülls. Wenn Bürgermeister nahe des unterfränkischen Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld einen Protestbrief an Bundeskanzlerin und Verteidigungsministerium schicken, weil militärische Übungsflüge in unmittelbarer Nähe des Kraftwerkes stattfinden und dann die Antwort kommt: „...keine Gefahr, da bei 600 Meter Flughöhe 1500 Meter Abstand gehalten werden...“ dann beweist auch das mangelnde Sensibilität. Auch den „Kostenvorteil“ von Atomstrom gegenüber dem „subventionierten“ Strom aus erneuerbaren Energien kann man gerne mal mit spitzem Bleistift nachrechnen. Noch heute werden Wildtiere aus bestimmten Regionen des Bayerischen Waldes entsorgt, weil sie aus den Hinterlassenschaften von Tschernobyl zu stark verseucht sind. Ab wann beginnen Gesundheitsgefahren wie ein gesteigertes Krebsrisiko und ist das finanziell überhaupt zu erfassen?

Der Atomstromanteil in Deutschland beträgt derzeit 22%, Tendenz deutlich fallend. Die erneuerbaren Energien decken mittlerweile 17% des heimischen Bedarfs ab, Tendenz steigend, trotz vieler politischer Querschüsse wie zu stark gekappter Einspeisevergütung für Solarstrom. Für Windenergie, Biogasanlagen und Photovoltaikflächen ist die Akzeptanz der Bevölkerung nötig und die muss auch gesucht werden. Bei entsprechendem politischen Willen wäre aber deutlich mehr möglich. Die Windkraft könnte schon mit den jetzigen Anlagen die dreifache Strommenge erzeugen wie momentan, wenn die Speichermöglichkeiten entsprechend ausgebaut wären und bei stärkerem Wind nicht abgeschaltet werden müsste. Bei derzeit rund 6% Stromanteil am Gesamtbedarf wäre damit schon die Leistung der derzeit nicht abgeschalteten Kernkraftwerke abgedeckt – und für den Stromexport brauchen wir nicht zu produzieren. Bei all diesen Überlegungen – Energie einzusparen und erneuerbare Energien und regionale Versorgungskonzepte auszubauen – spielen unsere Kommunen DIE zentrale Rolle. Wir FREIEN WÄHLER sind mit unserer regionalen Energieoffensive auf dem richtigen Weg und können wenigstens einen kleinen Beitrag für ein Ziel leisten – Energieversorgung ohne Risiko für nachfolgende Generationen.

Mit freundlichen Grüßen

Hubert Aiwanger

Ihr
Hubert Aiwanger

Die Atomkatastrophe von Japan schockt die Welt. Fast genau 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist das „Restrisiko“ erneut zur brutalen Realität geworden und hinterlässt vielen Generationen unvorstellbares Leid und Elend. All denen, die die Kernenergie für beherrschbar, verantwortbar und „sicher“ verkauft haben, hat die Natur einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind

Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayern
- Politischer Aschermittwoch
- Standpunkt
- Atomdemo
- Kernfrage zur Kernspaltung
- Ratgeber: Der Pflichtteil
- Projektmanagement
- Seminarkalender 1. Halbjahr 2011
- JFW Unterfranken
- FW-Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken
- BKB-Forum
- Öffentliches Auftragswesen

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH DER FREIEN WÄHLER 2011

Die Faszination des Politischen Aschermittwochs – ein Kommentar

1.500 Besucher kamen am 9. März 2011 zum Politischen Aschermittwoch der FREIEN WÄHLER nach Deggendorf in die große Stadthalle II - 500 Besucher mehr als 2010. Nach der CSU in Passau war dies mit Abstand die am besten besuchte Veranstaltung in Bayern an diesem Tag! Was veranlasst so viele Menschen, sich zum Teil von weither auf den Weg zu machen? Kommen sie, um ihre Solidarität zu demonstrieren? Oder ist es die Erwartung, dass die Matadore dem politischen Gegner mal so richtig die Meinung sagen? Fühlen sich die Besucher wie bei einem Boxkampf, bei dem sie den eigenen Platzhirsch anfeuern, auf dass er den Gegner mal mit entsprechenden Kraftsprüchen heftig attackiere? Wahrscheinlich spielen verschiedene Motive eine Rolle.

Der diesjährige Aschermittwoch der FREIEN WÄHLER war eher geprägt von kritischem Nachdenken als von emotionalen Appellen. Das fing schon beim bemerkenswerten Referat des Kreisvorsitzenden Dr. Meiski an. Er stellte nämlich die Frage, warum die Politik, und vor allem auch die Kommunalpolitik samt ihrer Vertreter so an Ansehen bei den Bürgern verloren habe und lieferte gleich die Antwort: Das weit verbreitete Sponsoring bringe eine Einflussnahme auf die Politik mit sich, die nicht immer klar von Korruption zu trennen sei. Gerade die vermutete Käuflichkeit von Politikern sei es aber, was die Menschen am politischen Geschehen verachteten. Zum Zweiten fühlten sich die Bürger bei politischen Entscheidungen schlichtweg übergangen. Man befragt sie vielleicht sogar, stellt ihrem Votum dann aber ein sogenanntes unabhängiges Gutachten gegenüber, in dem der bestellte Gutachter zum gewünschten Ergebnis kommt. Und wenn dann immer noch Zweifel bestünden, dann mache der Hinweis auf die in Aussicht gestellten Fördermittel und Zuschüsse die Zweifler endgültig mundtot, so Dr. Meiski. Es wurde merklich still im Saal und so mancher Kommunalpolitiker zuckte wohl innerlich ein wenig zusammen, als der Redner seine Schlussfolgerungen zog: Keine Zuschüsse an die Kommunen für bestimmte, an „höherer Stelle“ favorisierte Projekte, sondern Vergabe des Geldes an die Gemeinden, die es dann auch selbstverantwortlich ausgeben dürften. Kein Sponsoring durch Interessensvertreter, sondern finanzielle Unabhängigkeit der Gemeinden, damit sie ihre Aufgaben ohne fremde Hilfe - und die damit verbundene Einflussnahme - erfüllen könnten. Abschließend appellierte Dr. Meiski an die Anwesenden, sich in der Politik zu engagieren, denn nur so könnten die gewünschten Veränderungen erreicht werden und eine lebendige Demokratie entstehen. Zuletzt lobte er alle Teilnehmer der Veranstaltung für ihr Kommen.

Die Nachdenklichkeit der Zuhörer wich schnell einem Kopfschütteln, als MdL Bernhard Pohl über den aktuellen Stand der Ermitt-

lungen zum Landesbankskandal informierte. Dass nun auch in der CSU die Bereitschaft wachse, sich kritisch zum inkompetenten Verhalten ihrer eigenen Verwaltungsräte bei der Bayerischen Landesbank zu äußern, sei erfreulich. Angesichts des gigantischen Schuldenbergs, den diese CSU-Politiker – allen voran der damalige Ministerpräsident Stoiber - zu verantworten hätten, bleibe ihnen aber vielleicht auch gar nichts anderes übrig. Zehn Milliarden Euro Schulden hätten diese Leute dem bayerischen Steuerzahler eingebracht. Nach diesen beiden eher nachdenklich machenden Referaten ergriff nun MdL Claudia Jung das Wort. Ihrem Bühnenauftritt merkte man an, dass sie ein Profi ist und genau weiß, wie man politische Aussagen mit Humor würzen kann. Mit ihren spitzen Seitenhieben auf die politischen Matadore der anderen Parteien erntete sie viele Lacher und ihren sozialpolitischen Forderungen konnten alle Anwesenden voller Überzeugung zustimmen.

Wie auch in den vorherigen Jahren kam nun der Höhepunkt der Veranstaltung: Stürmisch begrüßte man den Hauptredner Hubert Aiwanger, von dem man sich nun auch einige deftige Attacken auf die CSU erhoffte. Sie kamen, aber es waren nicht die üblichen abgedroschenen und hämischen Anmerkungen zur Affäre Guttenberg. Aiwanger ging es vielmehr darum, zu verdeutlichen, dass die politische Arbeit im Parlament noch immer von einer lächerlichen Rivalität der anderen Parteien sowie deren hemmungsloser Übernahme von Standpunkten der FREIEN WÄHLER geprägt sei. Die CSU ertrage es nicht, dass von den FREIEN WÄHLERN ein vernünftiger Vorschlag ins Parlament eingebracht werde. Man lehne ihn ab, um wenig später denselben Antrag, zum Teil sogar wörtlich, als eigene Forderung zu stellen. Inwieweit die Bürger dies durchschauen, vermochte Aiwanger nicht zu beantworten. Auf jeden Fall versprach er, auch weiterhin zusammen mit seinen Mitstreitern

eine sachorientierte Politik zu verfolgen und nicht den Show-Effekten zuliebe vernünftige Vorschläge der anderen Parteien nur deshalb nicht zu unterstützen, weil man sie nicht selbst ins Parlament gebracht hatte. Er versicherte, die FREIEN WÄHLER würden auch in Zukunft sehr kritisch verfolgen, wie sich die CSU/FDP-Regierung etwa zu den Vorstellungen des Zukunftsrates, den Auswirkungen der Bundeswehrreform oder der Förderung des ländlichen Raums positioniere.

Besonders bemerkenswert war, wie klar Aiwanger die FREIEN WÄHLER von den populistischen Forderungen der CSU abgrenzte, was die Islam-Diskussion betrifft. Der Satz „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ sei in sich unsinnig und mit ihm solle wohl eine bestimmte Wählergruppe angelockt werden, an der die FREIEN WÄHLER kein Interesse hätten. Für jeden, der in Deutschland lebe, so Aiwanger, gelte die Verfassung, also das Grundgesetz sowie die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland. Und welchen Gott der Bürger anbede, das sei seine Privatsache. Der donnernde Applaus im Saal war zugleich eine Absage an die Zündelei der CSU am rechten politischen Rand.

Und als ob er die nukleare Katastrophe in Japan geahnt hätte, ging Aiwanger auch auf die Energiepolitik in Deutschland und Bayern ein. Das Atomkraftwerk Isar I sei ein unsicheres Kraftwerk, da käme die CSU nicht dran vorbei. Dieses Atomkraftwerk noch weitere acht Jahre laufen zu lassen sei unverantwortlich. Darüber hinaus müsse die Energiepolitik völlig andere Wege gehen, als dies in Berlin und München derzeit der Fall sei. Der Energiemarkt dürfe nicht von nur wenigen Großkonzernen beherrscht werden, sondern es müssten dezentrale, regionale Lösungen gefunden werden. Nicht Strom aus der Sahara sei der Heilsbringer. Sonst müsste vielleicht gar einmal die Bundeswehr Solarkraftwerke in Nordafrika be-



Standpunkt:

Bundestagswahl 2013 mit FREIEN WÄHLERN?

schützen. Wenige Tage später zeigte sich, wie recht Aiwanger mit seinen Forderungen hatte. Nach der nuklearen Katastrophe in Japan musste die CSU eine Kehrtwendung vollziehen und plötzlich selbst die Sicherheit des zuvor hoch gelobten Atomkraftwerks Isar I in Frage stellen. Bestimmt hätte Aiwanger am Aschermittwoch diesen Sinneswandel der CSU noch gerne selbst kommentiert.

Ja, was war das nun 2011 für ein Aschermittwoch der FREIEN WÄHLER? - War er ein „Missverständnis“, wie die Süddeutsche Zeitung kommentierte, weil nicht das erwartete „Bauerntheater“ aufgeführt wurde, über das man sich in den Jahren zuvor lustig gemacht hatte? Eher gelang den FREIEN WÄHLERN eine unterhaltsame Mischung aus Information, Positionsbestimmung und Aufmunterung - man schaffte es, das Gefühl zu vermitteln, mit dem eigenen Engagement auf dem richtigen Weg zu sein.

u. e.

Im Herbst 2013 wird neben der Landtagswahl in Bayern auch die Bundestagswahl stattfinden. Sie folgt voraussichtlich, wie 1998, kurz auf die Landtagswahl.

Wir stellen zunehmend fest, dass Landtagswahlen von bundespolitischen Themen überlagert werden und der Wähler Land und Bund inhaltlich vermengt. Eine Nichtteilnahme bei der Bundestagswahl, insbesondere wenn diese zeitnah stattfindet, kann für eine Gruppierung, die „nur“ zur Landtagswahl antritt, zur Folge haben, dass sie in der Berichterstattung schlichtweg abgehängt wird! Darunter leiden dann auch die Landtagsergebnisse. Der Wähler fordert mit Recht Aussagen zu bundespolitischen Themen wie Energiepolitik, Grüne Gentechnik, Infrastrukturausbau, Gesundheitspolitik, Bundesleistungsgesetz, Städtebauförderung usw.

Wir FREIEN WÄHLER haben Antworten

auf diese Fragen, werden aber auf Bundesebene bisher zu wenig wahrgenommen. Mit unserer Bundesvereinigung, die 2009 bei der Europawahl in Bayern respektable 6,7% der Stimmen erhielt, könnten wir zur Bundestagswahl antreten. Ich halte diesen Weg für politisch sinnvoll und geboten, damit unseren Themen mehr Nachdruck verliehen und das Feld nicht denen überlassen wird, die ihre Meinung innerhalb weniger Tage ins Gegenteil verkehren, uns verhöhnen und vorwerfen, wir hätten kein Konzept.

Wir werden zur Frage Bundestagswahl 2013 noch viele intensive Diskussionen führen und am Ende hoffentlich zur richtigen Entscheidung kommen. Die Frage muss lauten: Was ist gut für den Bürger, Bundestagswahl mit oder ohne die FREIEN WÄHLER?

Hubert Aiwanger
Hubert Aiwanger

Die Kernfrage zur Kernspaltung:

Was bedeutet die Restlaufzeitverlängerung für Unterfranken?

Geht Gefahr vom Zwischenlager Grafenrheinfeld aus? Freie Wähler setzen weiterhin voll auf regenerative Energien! Jugend der „UWG/FW Landkreis Würzburg e.V.“ besuchte zusammen mit MdL Dr. Hans-Jürgen Fahn das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld
Landtagsabgeordneter Dr. Hans Jürgen Fahn meinte nach der Stippvisite, dass die Position der Freien Wähler in der Energiepolitik sich durch diesen Besuch mit umfangreichen Information nicht verändert habe. Die Freien Wähler lehnen die Restlaufzeitverlängerung ab und setzen voll auf regenerative Energien, um durch regionale Energieerzeugung die Wirtschaft vor Ort zu stärken. Man unterstütze die

kommunalen Energieerzeuger und nicht die großen Stromkonzerne. Im Bayerischen Landtag habe die Staatsregierung nun ein aktuelles Programm für die Nachrüstung bayerischer AKWs vorgestellt. In Grafenrheinfeld sollen in den nächsten Jahren 300- 400 Mio. € investiert werden.

Jugendreferent der UWG/FW Harald Sauer (Opferbaum) und Markus Schäfer (Estenfeld), Pressereferent der FW Wählergruppe Würzburg-Land betonten, dass es sinnvoller gewesen wäre, bei der ursprünglich geplanten Abschaltung von Grafenrheinfeld im Jahre 2014 zu bleiben und diese Summe in erneuerbare Energien zu stecken.



Fukushima mahnt!

Freie Wähler demonstrieren für Abschaltung alter Atomkraftwerke und für den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien

Zahlreiche Freie Wähler nahmen an der großen Anti-Atom-Kundgebung auf dem Münchner Odeonsplatz teil, bei der 40.000 Teilnehmer im Angesicht der Katastrophe von Fukushima für das Ende der Atomenergie demonstrierten. Die Freien Wähler verteilten an ihrem Stand insbesondere Infomaterial zur regionalen Energieoffensive und zum Ausbau erneuerbarer Energiequellen.



Ratgeber: „Der Pflichtteil – unendliche juristische Weiten?“ „Wir schreiben das Jahr 2023 – noch immer gibt es das Pflichtteilsrecht...“

Die geneigte Leserschaft dieses Artikels wird mir diese kleine Anlehnung an die Einleitungssätze einer weltberühmten amerikanischen Fernsehserie nachsehen, widerspiegeln sich doch darin einerseits die Fülle pflichtteilsrechtlicher Probleme, die in der Praxis auftauchen können, sowie die oftmaligen Belastungen dadurch andererseits.

Zwar hat die sogenannte „Pflichtteilsreform“ im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechtes zum 01.01.2010 in Teilen das deutsche Pflichtteilsrecht modernisiert, aber das Pflichtteilsrecht als solches wird nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft bei der Testamentsgestaltung Berücksichtigung finden müssen.

So hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 19.04.2005 klargestellt, dass das deutsche Pflichtteilsrecht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Im Leitsatz zum Beschluss des 1. Senats vom 19.04.2005 (Az.: 1 BvR 1644/00, 1 BvR 188/03) wurde dies wie folgt formuliert: „1. Die grundsätzlich unentziehbare und bedarfsunabhängige wirtschaftliche Mindestbeteiligung der Kinder des Erblassers an dessen Nachlass wird durch die Erbrechtsgarantie des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Art. 6 Abs. 1 GG gewährleistet...“ Wenngleich das Pflichtteilsrecht auch über diesen Beschluss hinaus in der juristischen Diskussion blieb, so ist es doch relativ unwahrscheinlich, dass in absehbarer Zeit etwa das deutsche Pflichtteilsrecht abgeschafft werden würde. Vor diesem Hintergrund sollten sich all diejenigen, die eine letztwillige Verfügung errichten wollen (Testament oder Erbvertrag), ebenso mit einigen Grundzügen des Pflichtteilsrechts beschäftigen, wie diejenigen, die aufgrund einer so genannten letztwilligen Verfügung mehr oder weniger „enterbt“ wurden.

Ausgangspunkt sind hierbei die gesetzlichen Vorschriften über den Pflichtteil im Bürgerlichen Gesetzbuch. Nach den dortigen Vorschriften kann grundsätzlich niemand seine nächsten Angehörigen vollständig enterben, von einigen Ausnahmetatbeständen abgesehen, die jedoch in der Praxis äußerst selten vorkommen. Zwar ist die sogenannte Testierfreiheit, also die Möglichkeit eines jeden, seinen Nachlass zu Lebzeiten frei zu regeln, seine Kinder, seinen Ehegatten und/oder seine Eltern nach Belieben zu enterben oder verschiedene Gegenstände zuzusprechen nahezu grenzenlos, aber – auch wenn es in noch so vielen laienhaften Testamenten geschrieben steht – den Pflichtteil entziehen kann man seinen nächsten Angehörigen in der Regel nicht. Die Hürden, die das Gesetz für einen wirksamen Pflichtteilsentzug aufstellt, sind in der Praxis fast unerreichbar hoch gesetzt.

Gehen wir also bei den nachfolgenden praktischen Überlegungen vom Normalfall aus. Danach kann zwar jeder ein Testament errichten. Grenzen sind durch das Pflichtteilsrecht gesetzt. Wer muss nun aber „Angst vor dem Pflichtteilsrecht“ haben? Grundsätzlich niemand, da das deutsche Erbrecht als solches schon versucht, in jeder Lebenssituation eine gerechte Lösung zu

ermöglichen. Deshalb gilt das Pflichtteilsrecht auch nur für einen sehr eng begrenzten Kreis von Personen überhaupt. Pflichtteilsberechtig sind nämlich – entgegen landläufiger Meinung – nur die so genannten Abkömmlinge (also Kinder, Enkel, Urenkel), die Eltern des Erblassers sowie ein etwaiger Ehegatte.

Nicht pflichtteilsberechtig sind dagegen z. B. Geschwister oder Partner, mit denen der Erblasser in nichtehelicher Lebensgemeinschaft zusammenlebt. Sind nun bei einem Erblasser weder Abkömmlinge noch Eltern noch ein Ehegatte vorhanden, so kann dieser Erblasser wirklich völlig frei testieren. Er kann z. B. auch Hilfsorganisationen bedenken, Freunde, Verwandte und Bekannte, ohne dass das sogenannte Pflichtteilsrecht für ihn ein Problem wird.

Aber auch dann, wenn pflichtteilsberechtig Personen vorhanden sind, gibt es Lösungsmöglichkeiten. Solche Ansätze dienen in erster Linie jedoch dazu, das Risiko eines unvorhergesehenen Geldanspruchs gegen den oder die Erben zu minimieren; die überzeugende „Pflichtteilsvermeidungsstrategie“ gibt es grundsätzlich nicht – es sei denn, die Beteiligten einigen sich zu Lebzeiten, denn freiwillig und zu Lebzeiten können die genannten Pflichtteilsberechtigten jederzeit auf ihr dereinstiges künftiges Pflichtteilsrecht ganz oder teilweise verzichten.

Allerdings will ein solcher Pflichtteilsverzicht sehr gut und wohlüberlegt und durchdacht sein, ausführlich besprochen werden und geplant sein. Außerdem muss der Pflichtteilsverzicht formwirksam erklärt werden, nämlich vor einem Notar, der dann den Pflichtteilsverzicht entsprechend beurkundet. Äußerste Vorsicht ist jedoch dann geboten, wenn z. B. im Rahmen einer anderweitigen vertraglichen Regelung in einem Teilbereich der Gesamtregelung ein sogenannter „Pflichtteilsverzicht“ vorgesehen ist und die vertragliche Regelung nicht vorbesprochen wurde. Hier ist vor vorschnellen Unterschriften im Zweifel abzuraten. Es empfiehlt sich hier – wie immer – juristischen Rat bei einem erbrechtlich versierten Juristen einzuholen.

Oftmals bergen aber Testamentseröffnungen auch Überraschungen – häufig kommt es vor, dass pflichtteilsberechtigten Angehörige oder Ehegatten erst vom Nachlassgericht erfahren, dass sie enterbt sind. Sollte dies der Fall sein, so gibt das Gesetz dem pflichtteilsberechtigten Angehörigen eine Reihe von Rechten an die Hand, die helfen sollen, den Pflichtteilsanspruch durchzusetzen. Der Pflichtteilsanspruch ist ein reiner Anspruch in Geld gegen den oder die Erben. Problematisch ist in der Praxis aber immer die Bestimmung der letztlich zu leistenden Geldsumme, also die Höhe des Pflichtteils. Nachdem es hier oftmals um Bewertungsfragen einzelner Nachlassgegenstände geht, ziehen sich pflichtteilsrechtliche Streitigkeiten oftmals zeitlich sehr in die Länge.

Wenngleich auch außergerichtliche Einigungsversuche hier stets zu begrüßen sind, so ist dennoch **Vorsicht geboten**, denn Pflichtteilsan-

sprüche verjähren grundsätzlich in drei Jahren. Diese Verjährungszeit kann frühestens mit dem Todesfall beginnen; hinzu kommt noch, dass der pflichtteilsberechtigten Abkömmling Kenntnis haben muss von seiner Enterbung.

Hier den „richtigen“ Beginn der Verjährungsfrist überhaupt zu bestimmen, ist schon eine juristische Aufgabe, die ohne fachliche Hilfe von einem juristischen Laien kaum sicher zu bewerkstelligen sein wird. Bedenkt man nun, dass Bewertungsfragen – wie oben genannt – oftmals auch durch zeitaufwändige Gutachten gelöst werden müssen, so sind schnell ein oder zwei Jahre vergangen. Der Pflichtteilsanspruch verjährt aber in drei Jahren. Diesbezüglich empfiehlt es sich also in jedem Falle, rechtzeitig fachlichen Rat einzuholen.

Unabhängig von weiteren pflichtteilsrechtlichen Fragestellungen, wie der Anwendung eines sogenannten Pflichtteilsergänzungsanspruches bei Schenkungen, der Möglichkeit von Geltendmachung von Zusatzpflichtteilen oder der Wechselwirkung zwischen Vermächtnis und Pflichtteil gilt aber in jedem Falle für Familien die folgende Empfehlung, die am sichersten hilft, künftige Pflichtteilsstreitigkeiten zu vermeiden, nämlich:

1. Planen Sie rechtzeitig für sich selbst Ihre dereinstige Nachlassregelung – überlegen Sie sich selbst, „wie Sie es gerne hätten“.
2. Reden Sie dann mit Ihrem Ehegatten, den Kindern, Enkeln oder Eltern über ihr geplantes Vorhaben – offen und ehrlich.
3. Lassen Sie sich sodann von einem Notar oder einem erbrechtlich versierten Anwalt darüber beraten, ob Ihre Wünsche rechtlich „machbar“ sind.
4. Lassen Sie sich sodann über die möglichen finanziellen Konsequenzen in Gegenwart und Zukunft hinsichtlich Ihrer Gestaltungen beraten.
5. Setzen Sie dann die Empfehlungen um, indem Sie rechtzeitig zu Lebzeiten eine erbrechtliche Gestaltung treffen, die sowohl Ihren Wünschen entspricht, als auch mit Ihren Angehörigen abgesprochen ist. Nur so lässt sich am ehesten Streit vermeiden.

Doch selbst wenn – wie es leider manchmal auch vorkommt – zwischen Familienangehörigen sachliche Gespräche nicht immer einfach oder auch manchmal gar nicht mehr möglich sind, so hilft es dennoch, sich auch hier über pflichtteilsrechtliche Konsequenzen des eigenen Handelns beraten zu lassen. Planungssicherheit gibt dies allemal.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand bei Ihrer künftigen Nachlassgestaltung.

Rüdiger Gust
Fachanwalt für Erbrecht, Kasendorf

Wirksames Projektmanagement

Es ist Mode geworden, allerlei Vorhaben als Projekte zu bezeichnen. Trotz dieser Begriffsinflation bleibt das Managen von Projekten, sowohl in Wirtschaftsunternehmen als auch in Nonprofit-Organisationen, eines der wichtigsten Arbeitsmittel für moderne Führungskräfte. Gutes und professionelles Projektmanagement zeichnet sich dadurch aus, dass glasklare Methoden konsequent angewendet werden und nicht darin, dass außerordentliche Tätigkeiten als Projekt etikettiert werden.

Projekte sind auf Zeit angelegt. Während dieser Dauer kann oft nicht in gewohnter Linie gearbeitet werden, weshalb gerade in stark hierarchisch geprägten Betrieben und Ämtern daraus schon die ersten Schwierigkeiten erwachsen, weil für den Projekterfolg so manche aus dem Tagesgeschäft übliche Struktur oder ein Umstellungsverhältnis aufgegeben werden müssen.

Antiquiert klingende Begriffe wie Disziplin, Arbeitsauftrag, Maßnahmenliste oder Verantwortungsübernahme bleiben aber auch im modernsten gestalteten Projektmanagement

„Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.“
(Lucius A. Seneca)

aktuell und unverzichtbar. Gern werden auch die elektronischen Visualisierungsprogramme und teure Planungsinstrumente überbewertet. Mit ihrem zielgerichteten Einsatz können durchaus Zeitersparnisse erreicht werden, sie lenken aber häufig vom Wesentlichen ab. Sachverhalte werden damit meist eindrucksvoll und nett dargestellt, für den Projekterfolg sind sie aber oft von nachrangiger Bedeutung. Die wirklich wichtigen und vor allem wirksamen Instrumente guten Projektmanagements sind rar und nicht neu:

Erfolgreiches Projektmanagement ist in erster Linie eine Führungsaufgabe und zwar nicht nur innerhalb des Projektes selbst, sondern auch seitens der obersten Leitung des Gesamtbetriebes (oder einer größeren Betriebseinheit). Jedes Projekt ist im besonderen Maße von der vorbehaltlosen und bekennenden Unterstützung durch die Hauptverantwortlichen des Betriebes abhängig.

Es unterscheidet sich von den Routineaufgaben zudem dadurch, dass ein zwingender Endtermin und andere Begrenzungen definiert sind und die handelnden Personen für das Projekt vom Tagesgeschäft exklusiv gelöst und benannt werden. Grundvoraussetzung für ein effizientes Projekt ist deshalb die selektive Bestellung der handelnden Personen. Ein qualifiziertes Team zu bilden ist eine zentrale Aufgabe der Projektleitung. Dabei ist sie gut beraten, sich nicht von den hierarchischen Strukturen des Betriebes, sondern von den benötigten Fähigkeiten und den charakterlichen Eigenschaften der zur Verfügung stehenden Menschen leiten zu lassen. Ausschlaggebend ist dabei, dass sich die unterschiedlichen personellen Wesenszüge ergänzen. Wenigstens vier verschiedene Größen sollten im Team Einfluss nehmen: Treibende Kraft (bestimmend, rational); Verbindliche Kraft (reflektierend, emotional); Analytische Kraft (reflektierend, rational); Innovative Kraft (bestimmend, emotional).

Ein Projekt hat Nutzen zu erbringen, der deutlich formuliert werden muss. Der Nutzen ist den Zielen übergeordnet und sollte von diesen auch unterschieden werden. Ziele sind neben den Terminen durch eindeutige und spezifische Messgrößen definiert und leiten sich vom Nutzen des Projektes erst ab.

Der wesentliche Grund, um aus bestimmten Vorhaben Projekte werden zu lassen, ist in der Regel die Notwendigkeit der außerordentlichen Planung. Die vorhandene Komplexität der Aufgabe und die Verknüpfung mit anderen Fachbereichen werden in einem Projekt dadurch transparent gemacht, indem sogenannte Projektphasen bestimmt werden. Jedes Projekt sollte mit einem bewusst deutlich signalisierten Projektstart beginnen. Danach kann sofort mit der Erarbeitung des Projektauftrages begonnen werden, der schließlich vom Initiator

des Projektes genehmigt und unterschrieben werden muss. Der Projektauftrag beinhaltet eindeutige Aussagen über die aktuelle Ausgangssituation, den Kunden, den angepeilten

Nutzen, die Hauptziele, die Projektphasen selbst, die Ressourcenverfügbarkeit, die Wirtschaftlichkeit, die geplante Projektorganisation, Ausführungen über die Stakeholder (Betroffene) und die Projektbeteiligten (Projektmitarbeiter). Ist der Auftrag erteilt, folgt nach der intensiven Projektanalyse die Projektplanung. Dabei werden die weiteren Phasen in Haupt- und Teilaufgaben zergliedert und mit Fristen und Verantwortlichkeiten versehen. Dieses erste zentrale Ergebnis kann graphisch dargestellt werden. Es ist die Grundlage für die Festlegung von Meilensteinen, für das Projektcontrolling und für die Funktionsverteilung. Zweck dieser Arbeit ist nicht zuletzt, von der Zuständigkeit für Arbeitspakete in die klare Zuweisung von Verantwortungen zu kommen.

Das Bewusstsein, Verantwortung übernommen zu haben, ist deshalb wichtig, weil in der nächsten Phase, der Projektumsetzung, jedes einzelne Mitglied genau wissen muss, was von ihm erwartet wird, welchen konkreten Beitrag es zu erbringen hat und welchen Wert seine Teilleistung für das Gesamtergebnis hat. Eine gute Projektorganisation ergibt sich in der Regel dann, wenn die bisher aufgeführten, oben beschriebenen Aufgaben und Maßnahmen redlich aufbereitet und umgesetzt wurden. Wenn sich jedes Projektmitglied seines Anteils, den es am Gesamtprojekt zu erbringen hat, im Klaren ist, und auch die dazugehörige Verantwortung angenommen hat, entsteht eine optimale Organisation quasi wie von selbst. Die Projektleitung muss nun noch dafür sorgen, dass keine Störungen aus dem Tagesgeschäft entstehen und die im Projekt stehenden Personen eigenständig arbeiten und wirken können.

Was bei der Organisation von Projekten häufig vergessen wird, ist die Einbeziehung derer, die nicht unmittelbar im Projekt wirken, die aber durch ihre Machtstellung den Erfolg fördern,



beeinträchtigen, stören oder zerstören können. Gemeint sind Behörden, Aufsichtsämter, Interessengegner usw., die ebenfalls zu den Stakeholdern zählen.

Gute Projektarbeit ist kein Hexenwerk. Die wesentlichen Elemente sind logisch und selbstverständlich.

Woran es meistens scheitert, ist die fehlende Tiefe und mangelnde Konsequenz in der Anwendung der beschriebenen Managementmethoden.

Jos Flieser

Dipl.-Ing. Univ.; Master of Mediation
Projektmanagement-Fachmann
(zertifiziert nach RKW / GPM)
Referent des BKB

Literatur:

MOM-Brief 06/04; Malik-Managementzentrum
St. Gallen;
Schelle/Ottmann/Pfeiffer; ProjektManager,
GPM-IPMA, 2. Auflage 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: bkb-bayern@t-online.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum 29. Juni 2011, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer E-mail-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i. d. R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.



Seminarübersicht des Bildungswerkes im ersten Halbjahr 2011

April 2011

Fr. 1.4.	Portele, Kommunale Öffentlichkeitsarbeit	Oberpfalz, Ursensollen
Fr. 1.4.	Kleiber, Workshop Kommunalpolitik	Mittelfranken, Ansbach
Fr. 1.4.	Forman, Kommunen im Internet mit CMS TYPO3	Unterfranken, Estenfeld
Sa. 2.4.	A. Schmitz, Kommunikationstraining, Reden und Präsentieren	Oberbayern, Kranzberg
Sa. 9.4.	Dehler, NLP – Reinschnuppern, Ausprobieren, Anschauen	Niederbayern, Bad Abbach
Fr. 9.4.	Forman, Kommunen im Internet mit CMS TYPO3	Mittelfranken, Diepersdorf-Leinburg
Fr. 15.4.	Grill, Kommunalrechtliche Intelligenz und Kompetenz	Oberpfalz, Regenstauf
Fr. 15.4.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung	Unterfranken, Zeil am Main

Mai 2011

Fr. 6.5.	Portele, Argumentieren und Verhandeln	Unterfranken, Großwallstadt
Sa. 7.5.	M. Schmitz, Kommunen im Internet mit CMS TYPO3	Oberpfalz, Sinzing
Sa. 7.5.	Wamser, Rechnungsprüfung und Haushaltsrecht	Niederbayern, Mainburg
Fr. 13.5.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung aus der Sicht der Praxis	Mittelfranken, Greding
Fr. 13.5.	Zenker, Rechte und Pflichten des Gemeinderates	Oberbayern
Fr. 13.5.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Unterfranken, Gerolzhofen
Sa. 14.5.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen I	Schwaben, Sonthofen
Fr. 20.5.	Shaw, Pressearbeit	Mittelfranken, Marloffstein-Adlitz
Fr. 20.5.	Wamser, Grundlagen des Beitrags- und Gebührenrechts	Unterfranken, Lohr am Main
Sa. 21.5.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung	Schwaben, Ottobeuren
Sa. 21.5.	Stock, Mobilität in Städten und Gemeinden – Fakten, Empfehlungen, Forderungen – örtliche Probleme	Oberfranken
Sa. 21.5.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in der Kommune	Niederbayern, Außernzell
Fr. 27.5.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in der Kommune	Mittelfranken, Spardorf
Sa. 28.5.	Stallmeister, Kommunalmarketing	Niederbayern, Neufahrn
Sa. 28.5.	Dehler, Teamarbeit – wirksam zusammenarbeiten	Oberpfalz, Schwandorf

Juni 2011

Fr. 10.6.	Kleiber, Workshop II für Kommunalpolitiker	Oberpfalz
Fr. 10.6.	Kolenda, Haushaltsgrundsätze	Schwaben
Sa. 18.6.	Flieser, Projektmanagement	Oberbayern

Juli 2011

Fr. 1.7.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in den Kommunen	Oberfranken, Creußen
Fr. 1.7.	Grill, Grund- und Spezialwissen zum kommunalen Beitragsrecht	Unterfranken
Sa. 2.7.	Stock, Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur	Oberbayern
Sa. 2.7.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen – gekonnte Kommunikation Teil I	Niederbayern, Landshut
Fr. 8.7.	Kolenda, Voraussetzungen bei Kreditaufnahme und Rücklagenentnahme	Oberpfalz, Neumarkt
Fr. 8.7.	Ziegler, Jugendarbeit in der Kommune	Unterfranken, Gerolzhofen
Sa. 9.7.	Neubauer, Rechnungsprüfung	Mittelfranken, Röttenbach
Fr. 15.7.	Portele, Projekte effektiv und effizient gestalten	Mittelfranken, Spardorf
Fr. 22.7.	M. Schneider, Dorferneuerung in Theorie und Praxis	Oberpfalz, Regenstauf

Stand März 2011

Details zu den Seminaren entnehmen Sie bitte unserer Homepage: www.bkb-bayern.de

Änderungen vorbehalten!

www.bkb-bayern.de



Junge Freie Wähler Unterfranken starten durch

In der Schönbornstube des Würzburger Hofbräukellers fand die Gründungsversammlung der Jungen Freien Wähler Unterfranken (JFW) statt.

Die Jungen Freien Wähler (JFW) sehen sich als unabhängigen Gegenpol zu den etablierten Nachwuchsorganisationen der Parteien und wollen mit aktuellen Themen und Inhalten die jungen Menschen in Unterfranken ansprechen. Harald Sauer (22), aus Opferbaum, eröffnete die Gründungsversammlung mit den Worten: „Die Meinung vieler Politiker ändert

sich täglich, vor allem, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Aber angesichts solcher politischer Kehrtwenden und Unglaubwürdigkeiten wird es immer schwieriger, junge Menschen für Politik zu begeistern und man muss fürchten, dass sie sich der größten politischen Gruppe, den „Nichtwählern“, anschließen.“ Daher sei es dringend geboten, den jungen Menschen auch vor Ort eine wählbare Alternative aufzuzeigen und auf Bezirksebene die Politik aktiv mit zu gestalten, so Sauer.

Neben interessierten Jugendlichen und Freien

Wählern konnte der junge Vorsitzende auch Bundes- und Landesvorsitzenden MdL Hubert Aiwanger begrüßen. Dieser definierte den politischen Anspruch der FW als „den Tatendrang der Jugend mit der Erfahrung der Älteren zu vereinigen, damit auch in Zukunft der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik steht“.

Auch die beiden unterfränkischen Landtagsabgeordneten der FW, Dr. Hans Jürgen Fahn und Günther Felbinger, waren voll des Lobes, dass nun der dritte JFW-Bezirksverband in Bayern gegründet werden konnte. Michael Schramm, stellv. Landesvorsitzender der JFW Bayern aus Oberfranken, übernahm die Moderation der Veranstaltung und stellte dabei zunächst den JFW-Landesverband und die Satzung vor. Nachdem diese einstimmig angenommen wurde, fand die Wahl des ersten Bezirksvorstands der JFW Unterfranken statt.

Termine zum Durchstarten:

02.04.2011 16:00 Uhr

JFW-Treff mit konstituierender Sitzung in Würzburg

04.05. 15:30 Uhr

Besichtigung der JVA Würzburg

07.05.2011 16:00 Uhr

JFW-Treff mit dem Thema: „Stasi 2.0, Netzneutralität, Wikileaks – Gefahr oder Chance für die Demokratie?“

(Referent: Florian Nickel)

Für alle Jungpolitiker finden die Monatstreffe jeweils am ersten Samstag im Monat um 16 Uhr Würzburg statt.



Die Führungsspitze der JFW Unterfranken mit Gästen:

MdL Hubert Aiwanger (Bundes- und Landesvorsitzender), Daniel Stegmann (Kassenprüfer), Marie-Therese Schäfer (Referentin für Neue Medien), Christian Kurz (Kassenprüfer), MdL Günther Felbinger (Vorsitzender FW-Bezirksverband), Yannick Schmitt-Walz (stellv. JFW-Bezirksvorsitzender), Markus Schäfer (stellv. JFW-Bezirksvorsitzender), Wolfgang Hartmann (Schriftführer), MdL Dr. Hans Jürgen Fahn (Vorsitzender FW-Bezirksgruppe), Florian Nickel (Kassier), Harald Sauer (JFW-Bezirksvorsitzender)

Eröffnung der FW-Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken in Küps, Landkreis Kronach

Klein aber fein! Ein schmuckes, historisches Fachwerkhäuschen beherbergt nun die FW-Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken. Im 33. Jahr seines Bestehens hat der Verband mit dieser Einrichtung nun eine feste Adresse und

Anlaufstelle für seine vielen angeschlossenen Orts- und Kreisverbände. In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste konnte der Vorsitzende, Bezirksrat Klaus Förster, neben weiteren Gästen auch Bundes- und Landesvorsitzenden

MdL Hubert Aiwanger, Landtagsvizepräsidenten MdL Peter Meyer und MdL Thorsten Glauber begrüßen. Viele Bezirksvorstandsmitglieder und Kreisvorsitzende sowie der örtliche Bürgermeister und ein Vertreter des Landrates gratulierten zur Eröffnung. Worte des Dankes fand Förster für den künftigen Geschäftsstellenleiter, Karlheinz Hühnlein, und viele weitere Helfer, durch deren materielle und finanzielle Unterstützung die Einrichtung erst möglich wurde. Federführend hat Hühnlein mit großem, persönlichen Einsatz und Unterstützung weiterer, uneigennütziger Sponsoren, dem Gebäude zu einem respektablen und funktionalen Innenleben verholfen.

Kontaktadresse:

FW-Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken

Alte Poststraße 4 – Oberlangenstadt

96324 Küps

Tel./Fax: 09264 434 0014

Email: gs@fw-oberfranken.de

www.fw-oberfranken.de



Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e. V., Marktplatz 7, 95349 Thurnau, und FW Landesverband Bayern
Verantwortlicher Bildungsleiter: Michael Schmitz, Im Brühl 18, 91183 Abenberg, mit Redaktionsteam. E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de
Druck: Offsetdruckerei W. Täuber, Inh.: Volker Täuber, Industriestraße 6, 95359 Kasendorf

NEU Infopool für alle www.bkb-forum.de

Wissen ist Vorsprung!

Nur wer gut informiert ist, kann eine gute Entscheidung treffen. Dies gilt umso mehr, je komplexer sich die jeweilige Materie darstellt. Wenn es sich dabei „nur“ um rein sachliche Probleme handelt, bietet unsere heutige Wissensgesellschaft zahlreiche Möglichkeiten, sich umfassend zu informieren. Was aber, wenn – wie in der Politik – zur Sache die oft entscheidende emotionale Komponente hinzu tritt? Da kann leicht eine sachlich gut begründete und überzeugend formulierte Problemlösung scheitern.

Was hilft weiter?

Die Erfahrung: Ein alter Hase entkommt dem schlaun Fuchs leichter als ein Jungtier. Erfahrung hat also mit Lebensalter zu tun. Aber nicht nur! Man kann sehr leicht und sehr gut auch aus den Erfahrungen anderer lernen. Dazu muss man diese allerdings kennen und studieren. Der Erfahrungsaustausch innerhalb der eigenen Kommune, innerhalb des eigenen Landes ist also eminent wichtig.

Das Vorbild: Es geht hier nicht um das verpönte Abkupfern der Ideen anderer. In der

Kommunal- wie in der Landespolitik lässt sich ja eh kaum eine gelungene Lösung ohne weiteres auf die eigene Problematik anwenden. Der Blick über den persönlichen Tellerrand hinaus, kombiniert mit den eigenen Ideen führt aber in vielen Fällen zu einer sachgerechten politischen Lösung, die dann auch von der Bevölkerung emotional mitgetragen wird.

Die Ideenbörse: Was aber, wenn neue Probleme neue Lösungen verlangen. Da hilft oft auch der Blick auf ähnliche Aufgabenstellungen und analoge Auswege. Manchmal nur eine Anregung. Aber sie löst vielfach den entscheidenden Gedankenblitz aus und ermöglicht eine eigene, individuelle Lösung.

Das BKB-Forum: Erfahrungen, Vorbilder und Ideen will unsere Online-Plattform www.bkb-forum.de bündeln und den Freien Wählern zur Verfügung stellen. Stellen Sie also Ihre Erfahrungen, Ihre vorbildhaften Aktivitäten und Ihre originellen Ideen dem Forum zur Verfügung. Nur gemeinsam können wir unsere Zukunft in unseren Gemeinden und in unserem Land gestalten.

Neues Seminarangebot: Bau-, Liefer- und Dienstleistungen der Kommunen - wett- bewerbsgerecht und rechtssicher vergeben

Dem Auftragswesen der Kommunen im Bau-, Liefer- und Dienstleistungen kommt erhebliche finanzielle Bedeutung zu. Zur korrekten Verwaltung öffentlicher Gelder gehört es, dass die wettbewerblichen Vorgaben des Haushaltsrechts und die vom Innenministerium dazu vorgegebenen bzw. empfohlenen Vorschriften zur öffentlichen Auftragsvergabe (wie z. B. VOB/A, VOL/A) bekannt und richtig angewendet werden. Bei Überschreiten bestimmter „Schwellenwerte“ ist außerdem das umfangreiche Vergaberecht der EU obligatorisch anzuwenden. Werden diese Vorgaben nicht beachtet, bleiben Klagen und Schadensersatzansprüche der dadurch benachteiligten Bieter nicht aus.

Die Beachtung der Vergabevorschriften dient einer wirtschaftlichen, fairen und transparenten Vergabe kommunaler Aufträge und der Vermeidung von Korruption und Manipulation. Erhält die Kommune Zuwendungen, kann die Missachtung der zwingend anzuwendenden Vergabevorschriften zu erheblichen finanziellen Nachteilen durch Rückforderung der Fördergelder führen.

Den Seminarteilnehmern werden die Grundlagen des öffentlichen Auftragswesens mit den speziellen Vorschriften für den Kommunalbereich einschließlich der Grundzüge von VOB und VOL vermittelt. Außerdem werden Hinweise zur Vermeidung von Manipulation und Korruption gegeben.

Der Vortrag wird durch ein umfangreiches Manuskript abgerundet. Auf Wunsch werden

den den Teilnehmern die rechtlichen Grundlagen auch digital zur Verfügung gestellt. Bei Bedarf können eigene Beispiele in das Seminar eingebracht werden.

Referent: Hans Schaller



The screenshot shows the homepage of the BKB-Forum. At the top, there is a navigation bar with the logo of the Freie Wähler Landesverband Bayern and the text 'Für Kommunalpolitik Bayern e. V.'. Below this, there is a main content area with a sidebar on the left containing links like 'Startseite', 'Login', 'Registrieren', 'Informationen', 'Fragen & Antworten', 'Projekte', 'Glossar', and 'Impressum'. The main content area features a 'Ihre Projekte' section with a sub-section 'Lebensqualität durch Nähe' and a 'LQN mach mit!' logo. There is also an 'Aktuelles' section with a news item about a new website launch and a search bar at the bottom right.